

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

SIEBTES JAHR

FEBRUAR 1956

ERNST SCHWARZ

Die Problematik der Wiedervereinigung

Zur Psychologie der deutschen Situation

Die deutsche Situation ist so widerspruchsvoll und verworren, so labyrinthisch unübersichtbar, daß die *logische* Betrachtungsweise allein Her zu keiner Klärung führen kann. Das beste Argument bleibt wirkungslos, wenn — wie es allem Anschein nach hier der Fall ist — seelische Blockierungen vorliegen. Es ist deshalb notwendig, die Dinge bis zu ihren Wurzeln zu verfolgen, sie also *psychologisch* zu betrachten. Nur so vermögen wir die Situation in ihren letzten Zusammenhängen zu erkennen, nur so vermögen wir die Subjektivität einseitiger oder gefühlsgebundener Standpunkte zu überwinden.

Die psychologische Analyse lenkt die Aufmerksamkeit auf psychologische Realfaktoren, die neben den greifbaren politischen Realitäten beachtet werden müssen, wenn die Entscheidungen *allen* Umständen gerecht werden sollen. Wer die irrationalen Elemente außer acht läßt, vereinfacht die Situation.

Es kann nicht die Absicht der folgenden Feststellungen und Überlegungen sein, irgendeine politische Meinung zu bekämpfen, sie haben vielmehr allein den Zweck, Ansätze für Erwägungen im großen Ringen um das Schicksal der Deutschen an seinem vielleicht kritischsten Punkte zu bieten.

Die Bewußtseinsspaltung

Die Spaltung einer Nation durch Mächte mit entgegengesetzten Interessen und Ideologien bewirkt nicht nur eine äußerliche Trennung in zwei Teile, sondern ein Auseinanderklaffen bis in die Tiefen der Existenz. Diese Spaltung vollzog sich an einem Volk, dessen Kraft durch den Krieg ausgezehrt worden war, an einem Volk, das an sich schon zu Unterordnung und Anpassung neigt. Die Besatzungsmächte fanden keine unbesiegbaren Widerstände oder trafen auf gleichlaufende Interessen, und es hat den Anschein, als ob der Prozeß des Auseinanderlebens, durch die Besetzung einmal eingeleitet, autokatalytisch fortschreite.

Die äußere Spaltung ist zugleich mehr und mehr zu einer Bewußtseinsspaltung geworden. Die Deutschen vermögen auf beiden Seiten häufig nicht mehr *elementar* als Deutsche zu empfinden, sondern sie denken und handeln mehr oder weniger unbewußt als West- oder als Mitteldeutsche. Man braucht die Ehrlichkeit der Bekenntnisse zu Gesamtdeutschland nicht im geringsten zu bezweifeln, wenn festzustellen ist, daß ihnen die eigentliche Schwungkraft überall dort abgehen muß, wo *statt vom Ganzen vom Partikularen her* gedacht wird. Es sind nicht die Reden, sondern die Taten, die auf die Ent-

schiedenheit der gesamtdeutschen Initiative schließen lassen. Denn die Bedingungslosigkeit des Eintretens für die gesamtdeutsche Sache, die Bereitschaft zu Opfer und Risiko, um ihr zu dienen, die Fähigkeit, innere Hemmungen zu überwinden, dies allein sind die Maßstäbe für die wirkliche Kraft solchen Willens.

Niemand kann von den Deutschen nach der großen Katastrophe, in der viel echter und noch viel mehr Scheinidealismus begraben worden ist, einen Aufschwung zu hohen nationalen oder überindividuellen Zielen erwarten, es ist vielmehr natürlich, daß sich so wie in der Wirtschaft auch in der Politik unbewußt eine mehr oder weniger egozentrische Haltung geltend macht. Aber die Völker werden auf einer sehr empfindlichen Waage gewogen, auf welcher das partikuläre Interesse keineswegs das stärkste Gewicht hat. Dabei ist, besonders im Ausland, sehr zu beachten, daß es ein gefährlicher Notzustand und nicht etwa ein gefährlicher Kraftüberschuß ist, der hier das nationale Bewußtsein aufruft.

„Europa“

Diese ganze Entwicklung wurde außerordentlich begünstigt durch eine weitverbreitete Interpretation der Lage nach dem Kriege, nach welcher die Zeit der Nationalstaaten abgelaufen sei. In Deutschland empfand man den Kriegsausgang geradezu als Gottesurteil über den Wahnsinn nationaler Ansprüche und verfiel nun ins Gegenteil, in einen vollkommenden Defaitismus. Seine Selbstbeschuldigungen suchten sich in einem Europa-Idealismus zu erlösen, der vielfach sentimental gefärbt war. Es war wie eine Flucht des Volkes vor sich selbst, und sie wurde — charakteristisch auch für das Zeitalter der Kollektivierung — wie immer nach dem Zusammenbruch individueller Werte eine Flucht ins Kollektive. Diese Kollektivierung der Nationen durch die Europaidee hatte die gleiche anspornende Gewalt, wie sie stets von der Bildung übergeordneter Einheiten ausgeht, und das um so mehr, als dieses Europa zugleich eine gemeinsame Front gegen den Osten sein sollte. Dem Gedanken des „christlichen Abendlandes“ liegt unzweifelhaft eine großartige geschichtliche Tradition zugrunde, aber der Glanz dieser Idee verblaßt etwas, wenn sie auf eine Zweckkonstruktion übertragen werden soll.

Hans Fleig meint (in der Züricher „Tat“ vom 7. November 1955), die europäische Integrationsbewegung sei nur eine neue Form des nationalstaatlichen Nationalismus der westeuropäischen Mächte, die sich gegen Deutschland sichern wollen. Wenn diese Feststellung in ihrer außerordentlichen Härte auch gewiß nicht zutrifft, so deutet sie doch auf eine mögliche Schwäche der Europaidee, die wir nicht ganz außer acht lassen sollten.

Nach dem Scheitern der Novemberverhandlungen in Genf gewinnt die Europaidee für die Bundesrepublik jedenfalls wieder erhöhte Anziehungskraft, und damit gelangt das deutsche Drama — Rekonstituierung oder Assimilierung — auf seinen Höhepunkt.

Die feindlichen Ideologien

Es war für die Deutschen auf beiden Seiten unmöglich, sich den mächtigen Suggestionen zu entziehen, die von den beiden Machtblöcken und ihren Ideologien ausgehen. Beide Ideologien waren hervorragend geeignet, um die meist nach einem verlorenen Kriege auftretenden gegensätzlichen sozialdynamischen Tendenzen in sich aufzunehmen: das bürgerlich-konservative Streben nach Befestigung einerseits und das proletarisch-revolutionäre Streben nach Auflockerung der gesellschaftlichen Verhältnisse andererseits.

Aufgerissen durch diesen Gegensatz zweier Ideologien, von denen die eine dem Individuum Rechnung trägt und dabei häufig das Ganze vernachlässigt, die andere aber dem Ganzen Rechnung zu tragen proklamiert, dabei aber allzuoft die natürlichen Rechte des Individuums nicht nur vernachlässigt, sondern mit Füßen tritt, sind die Deutschen

wenig zu dem befähigt, was gerade jetzt ihre Aufgabe sein müßte: eine alle Meinungsverschiedenheiten überbrückende, alle umfassende, das Gemeinsame pflegende Haltung einzunehmen. Auf der Grundlage dieses seelischen Dismemberments, das dem von den Alliierten verhängten Dismemberment parallel geht, versiegen gesamtdeutsches Fühlen und Denken mehr und mehr, und die bittere politische Feindschaft zwischen hüben und drüben vertieft weiter die Spaltung.

Diese politische Verfeindung zwischen Ost und West läßt keinen Raum für Zwischenlösungen, und wer keine klare Entscheidung für eine der beiden eisernen Fronten trifft, wird als Verräter angeprangert. Der Gebrauch solcher autoritärer Schlagwortrequisiten zeigt jedoch immer, wie sehr die frische Luft der Demokratie verbraucht ist, die wir gerade in der gesamtdeutschen Frage so dringend nötig haben.

Überaus kennzeichnend für diese Einstellung ist die kritiklose Anwendung des Argumentes: „darüber freut sich der Osten“. Dieses Argument trifft in weitaus den meisten Fällen zweifellos das Richtige, aber es hat eine gefährliche Streuwirkung und trifft dann das Unrichtige, indem es auch die letzten Überbrückungsmöglichkeiten zerstört. So hieß es z. B., daß die Osterbotschaft des Papstes von 1954 „alle Neutralisten, Pazifisten, Bevanisten und Kommunisten“ ermutige, und ähnlich war es nun mit der Weihnachtsbotschaft des Papstes 1955. Der Papst ist gewiß alles andere als prokommunistisch — wohin muß es also gekommen sein, wenn selbst eine so lautere Stimme im Lärm des Hasses mißdeutet werden kann! Die Grenzen dieser Argumentation werden übrigens mit aller Schärfe sichtbar, wenn man sie einmal umkehrt, wenn also z. B. die Zone die Richtigkeit ihrer militärischen Bindung an den Ostblock darnach beurteilen wollte, daß die Bundesrepublik sich darüber nicht freut.

In der Verblendung des Konfliktes wird schließlich nicht gesehen, daß die beiden Weltmächte nicht nur ideologisch, sondern auch geopolitisch entgegengesetzte Positionen innehaben; eine auf die Ganzheit Deutschlands zielende Politik muß, wenn sie realistisch sein will, beidem Rechnung tragen. Die USA sind eine atlantische, die UdSSR ist eine kontinentale Macht, und dies bedingt, daß, im Gegensatz zu der herrschenden Tendenz, das Verhalten Rußlands nicht nur ideologisch gedeutet werden darf. Die Konsequenzen aus der geopolitischen Situation werden, obwohl leicht zu ziehen, viel zu wenig berücksichtigt. Ein Beispiel: Nach den Vorschlägen, welche die Russen in ihrer Note vom 10. März 1952 gemacht haben, hätten sie selbst nur wenig, relativ bedeutungslosen, die Westmächte aber viel für sie höchst wertvollen strategischen und wirtschaftlichen Raum aufgeben müssen. Man wird also nicht fehlgehen in der Annahme, daß das damalige Angebot der Russen ernst gemeint war.

„Neutralismus“

Es wirkt nach dem Dargelegten vielerlei zusammen, um eine Verständigung zwischen den durch den Eisernen Vorhang getrennten Deutschen aufs äußerste zu erschweren. Daß hüben und drüben *Deutsche* in den Kampf der Ideologien verwickelt sind, erleichtert den Ausgleich keineswegs, sondern wirkt eher noch zusätzlich im Sinne des physikalischen Gesetzes, nach dem gleichnamige Pole sich abstoßen. Wer sich dieser ideologischen Einpeitschung entziehen und lieber politisch unbehaust bleiben will, wird als „Neutralist“ verfemt. Diesem Neutralismus wird Entschlußlosigkeit oder „Schaukelpolitik“ vorgeworfen, man versucht, ihn in jeder Weise untragbar zu machen. Da sogar die Russen den Neutralismus begünstigen, scheint der Beweis dafür erbracht, daß es sich um eine Politik mit doppeltem Boden handelt. Man fürchtet das „trojanische Pferd“ und übersieht dabei, daß in diesem Pferd außer den SED-Funktionären auch 18 Millionen überwiegend antikommunistische Deutsche sitzen und daß unsere westliche Freiheit nur mit der Freiheit dieser 18 Millionen gesichert werden kann. Bedeutet „Neutralismus“ im

besonderen Falle eine von der Idee Gesamtdeutschlands ausgehende politische Haltung, die einen gerechten Ausgleich und das vernünftigerweise Mögliche will, so müßte sie durch das Sinnbild der Waage charakterisiert werden, nicht durch das der Schaukel¹⁾. So nahe liegen also hier das Richtige und das Falsche beisammen!

Mit dem moralischen Gehalt der Idee eines unabhängigen, im Ringen der Weltmächte „neutralen“ und damit schlecht geschirmten Gesamtdeutschland ist jedoch nicht viel Eindruck zu machen, am wenigsten in der gespannten Atmosphäre des kalten Krieges. Ein selbständiges, „neutrales“ Gesamtdeutschland, etwa gar noch ohne ernst zu nehmende eigene Wehrmacht, wäre ein „Vacuum“, das einem starken und aggressiven Nachbarn leicht zur Beute werden könnte; ein „horror vacui“ ist demnach hier nur allzu begreiflich. Eine Wehrmacht kann aber nur mit Zustimmung der jeweiligen Besatzungsmacht aufgebaut werden, und damit ist die Spaltung erst recht fixiert. Auch hier erscheint das Problem vom Teildenken her völlig unlösbar.

Wiederbewaffnung

Liegt in der doppelten deutschen Bewaffnung nicht auch eine Voraussetzung zum Bruderkrieg? Und kann eine Teilwehrmacht die moralische Kraft und damit den Kampfwert haben wie die Wehrmacht eines integren Volkes, da doch nur in einer integren Nation ein ungebrochener Kampfwille lebendig sein kann? Diese Fragen sind leider nicht abzuschütteln. Sie streifen zweifellos die Grenze des Zulässigen angesichts der Tatsache, daß es beiderseits der Zonengrenze eine bewaffnete Macht gibt, aber sie sind auch wieder zwingend angesichts dieser Zonengrenze und können darum nicht verstummen, solange der Gedanke der deutschen Einheit noch Gewalt über uns hat.

Man betrachtet es als selbstverständlich, daß wir ebenso wie jede andere europäische Nation unseren Verteidigungsbeitrag leisten, vergißt aber, daß wir mit diesen Nationen überhaupt *nicht vergleichbar* sind, weil uns die nationale Einheit fehlt. Den gleichen Mangel an psychologischem Verständnis zeigt etwa die Feststellung einer westdeutschen Zeitschrift, daß in keinem Lande der Welt die Zwanzigjährigen gefragt werden, ob sie Wehrdienst leisten wollen. Aber nicht darum, ob sie wollen, geht es, sondern ob nach Lage der Dinge die natürlichen inneren Voraussetzungen bei ihnen dafür gegeben sind; denn der Wehrwille kann nicht kommandiert werden, er muß aus dem nationalen Bewußtsein herauswachsen. Dieses Bewußtsein ist jedoch mit dem Verlust der nationalen Einheit schwer erschüttert worden. Mindestens ebenso wichtig wie die „Demokratisierung“ der Armee ist es, sie mit dem Geist zu erfüllen, wie ihn im allgemeinen nur eine integre Nation hervorzubringen vermag.

Es fällt auf, daß in der Frage der Wiederbewaffnung so häufig Theologen das Wort ergriffen haben. Man könnte dazu sagen: In keinem Lande der Welt fragt man die Zwanzigjährigen, ob sie Wehrdienst leisten wollen, und in keinem Lande fragt man die Theologen, ob man eine Armee aufstellen solle oder nicht. Sicherlich sind die Theologen in dieser Frage nicht legitimiert, und in der harten Wirklichkeit der Politik ist biblischer Geist nun mal leider nicht am Platze. Aber man ist über die gemeinsame Front von Geistlichen und Arbeitervertretern, wie sie z. B. in der Paulskirchenkundgebung sichtbar geworden ist, doch wohl zu rasch hinweggegangen. Der vereinfachenden rationalen Betrachtungsweise gegenüber kam hier keineswegs eine nur obstruierende Haltung zu Wort, sondern etwas wie eine Gewissensregung. Aus tieferen seelischen Schichten, aus dem Instinktiven hervor, brach bei Geistlichen und Arbeitern etwas durch, was nur in der ungewöhnlichen, immer wieder aus dem Bewußtsein verdrängten deutschen Situation

1) Neben dem Hervorragenden politischen Publizisten Walter Lippmann (Washington) tritt (mit einem Aufsatz im letzten Heft von „Colliers Magazine“) nun auch A. Toynbee, der berühmte Historiker, Leiter des Chatham House in London (dessen Kleine Schriften in diesem Zusammenhang übrigens besondere Beachtung verdienen), für die Auffassung ein, daß „Neutralität“, besser: Bündnisfreiheit, eine unerläßliche Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung sei. Die Vorschläge von Prof. A. Brecht (Außenpolitik 1955, S. 685 ff.) laufen auf das gleiche hinaus.

seinen Grund hat. Es ist zuzugeben, daß ein für den Realpolitiker schwer erträglicher Pazifismus oder auch, in der Arbeiterschaft, ein überbetontes Ressentiment gegen die nationalen Schlagworte und gegen den „Barras“ zum Vorschein kamen, es wäre aber falsch, wegen solcher Verzerrungen den wesentlichen Gehalt dieser Bekundungen zu verkennen: sie sind unüberhörbare Signale, welche das Abnorme und Widersinnige unserer Lage gegenüber der Trägheit des Gewohnheitsdenkens zum Bewußtsein bringen.

Unsere Wiederbewaffnung erscheint, gemessen an der gewaltigen Land- und Atommacht der Russen, etwas liliputanisch, ihre Hauptbedeutung liegt jedoch wohl weniger auf militärischem als auf politischem Gebiet; sie gibt uns die vielleicht etwas nervöse Sicherheit im Zauberkreise der amerikanischen Atommacht (die, wie Außenminister *Dulles* gerade, nach „Life“, erklärt hat, in jüngster Zeit dreimal den Finger am Drücker gehabt haben soll). Allerdings hat die Medaille eine Kehrseite: Mit jeder westdeutschen Division, mit welcher das Vertrauen des Westens wächst, wächst zugleich naturnotwendig das Mißtrauen des Ostens und wird der Griff um die Sowjetzone fester.

Alternativen

Welche echten Möglichkeiten für die deutsche Wiedervereinigung bestehen nun nach dem Abschluß der Pariser Verträge, nach den letzten Genfer Konferenzen und nach dem Besuch der westdeutschen Delegation in Moskau?

Wir hatten die Möglichkeit, die durch das Wort von der „Politik der Stärke“ gekennzeichnet ist. Wir ließen Mächtigere für uns mit den Russen „in der Sprache sprechen, die sie verstehen“, d.h. in der Sprache der Macht. Der entsprechende Versuch, die Westintegration Gesamtdeutschlands auf der Grundlage der Pariser Verträge voranzutreiben, ist auf der letzten Genfer Konferenz gescheitert. In Moskau haben wir die Politik der Stärke in aller Form abgeschworen und durch ebenso unwirksame Freundschaftsgesten ersetzt. Die Bundesregierung hatte keine klare Marschroute, und so blieb auch in der Schwebe, welche Bedeutung und letzte Konsequenzen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion für einen deutschen Teilstaat hat. Wenn verschiedentlich erklärt wurde, daß damit nur vollzogen worden sei, was ja auch zahlreiche andere Staaten getan haben, so geschah das auf Grund der Fiktion, daß die Bundesrepublik ein integrierter Staat wie andere sei. So blieb unsere Haltung in Moskau ohne die erforderliche innere Wahrheit und Einheitlichkeit, wir gerieten vielmehr in den *circulus vitiosus*, daß über die Wiedervereinigung verhandelt werden soll, und dies an *normale* diplomatische Beziehungen geknüpft wird, die sich dann aber auch umgekehrt, im Sinne einer Festigung des Status quo, auswirken könnten.

In Genf zeigte sich erneut, daß die Wiedervereinigung auch nicht auf dem Weg über „gesamtdeutsche Wahlen“ erreicht werden kann. Dieser durchaus demokratische Vorschlag bediente sich offenbar einer Sprache, welche die Russen nicht verstehen, und er blieb darum auch bei ihnen, die mit demokratischem Öl nicht gesalbt sind, ohne jeden Eindruck. Immerhin denken die Russen logisch, denn gesamtdeutsche Wahlen würden einen europäischen Sicherheitspakt der vier Mächte zweifellos im Sinne des Westens präjudizieren, weil von vornherein klar ist, daß die russischen Interessen majorisiert werden würden. So erwünscht es wäre, wenn man die Russen auf diese Weise aus der Zone verdrängen könnte, so würde man damit doch von der Macht des Stimmzettels eines sonst machtlosen Volkes zuviel erwarten, denn solche Wahlen würden den kalten Krieg nicht weniger foudroyant beenden wie die Atombombe den Krieg im Pazifik beendet hat. Die Zulassung solcher Wahlen wäre demnach für die Russen die Kapitulation im kalten Kriege! Wer sie nüchtern einschätzt, wird dies nicht von ihnen erwarten. Ihr Gegenvorschlag — „Gesamtdeutscher Rat“ und Verhandlungen mit Pankow — ist zwar formal, aber keineswegs der Absicht nach „demokratisch“, er versucht ebenso wie die

gesamtdutschen Wahlen indirekt zu erreichen, wofür die Macht allein nicht ausreicht. Offenbar kommt es den Russen, wie die letzten Verhandlungen in Genf gezeigt haben, noch besonders darauf an, einen Staat zum Nachbarn zu haben, dessen ideologische Einstellung eine feindselige Haltung Rußland gegenüber möglichst ausschließt. Insofern scheinen diese ideologischen Forderungen der Russen auch ein Faktor ihres Sicherheitsstrebens zu sein.

Wenn wir darauf Rücksicht nehmen wollen, müßten wir eine auf allen demokratischen Parteien ruhende Außenpolitik treiben. Das parteipolitische Spektrum kann jedenfalls nicht breit genug sein, wenn die Russen davon überzeugt werden sollen, daß sie von Gesamtdeutschland keine Entwicklung zum „Faschismus“ oder „Militarismus“ zu befürchten haben. So absurd auch dieses Gerede von „Faschismus“ und „Militarismus“ im Munde einer autoritären Macht klingt, so liegt ihm doch eine wesentliche Besorgnis zugrunde, die auf der letzten Genfer Konferenz mit ungewohnter Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen ist.

Die Bundestagsdebatte vom 2. Dezember 1955, die unter dem lähmenden Eindruck der letzten Genfer Konferenz stand und ungewohnt sachlich, dafür aber auch peinlich ratlos war, ließ von einer Gemeinsamkeit in der Außenpolitik trotz äußerlicher Annäherung von Opposition und Regierung noch wenig erkennen. Man bescheinigte sich das Gemeinsame, daß man kein „Rezept“ habe. Aber handelte etwa *Bismarck* nach einem „Rezept“? Die Versicherung des Bundeskanzlers, daß es in der Politik keinen toten Punkt gebe — eine sehr allgemeine Tatsache —, war in dieser Ausweglosigkeit nur ein geringer Trost. Nachdem die bisherige Entwicklung, an der wir ja auch mitgewirkt haben, die Wiedervereinigung immer ferner gerückt hat, wurden damit — da die verbleibenden Chancen immer schwerer erkennbar sind — die Differenzen zwischen Regierung und Opposition optisch immer kleiner, obwohl sie der Sache nach gleich tief geblieben sind. Dagegen wurde die Differenz zwischen SPD und FDP, an sich geringfügig und im wesentlichen durch die bisherige Haltung der FDP bedingt, (hinterher) geflissentlich aufgebaut. Ob, nach der FDP, die Verträge entsprechend dem Art. 10 erst nach der Wiedervereinigung überprüft und geändert werden sollen oder ob sie, nach der SPD, jetzt schon, wenigstens von uns, dahin überprüft werden müssen, welche Änderungen etwa notwendig sind, um die Wiedervereinigung überhaupt zu ermöglichen, das ist eine für die gegenwärtige Lage ungemein kennzeichnende Haarspalterei; denn auch die FDP wirft einen scheuen Blick auf die von ihr bejahten Verträge, wieweit sie mit Rücksicht auf die Wiedervereinigung noch einen Ausweg offenlassen.

Faktisch können die Verträge nur das wiedervereinigte Deutschland entlassen (der Art. 10 gilt übrigens nicht einmal für unsere NATO-Mitgliedschaft), und *praktisch* kann, nach der heutigen Lage, die Wiedervereinigung von den Russen wohl nur erreicht werden, wenn jetzt schon auf eine Änderung der Verträge hingearbeitet wird. In der Methode abweichend, geht der Wille der FDP (oder wenigstens *Dehlers* und seiner Anhänger) in die gleiche Richtung wie der der Opposition. Statt auf diesen entscheidenden Punkt einzugehen, und damit den Kern der Frage zu berühren, betonte man Freiheit, Recht und Vertragstreue — etwas sehr Wesentliches (besonders für die russische Adresse!), aber doch wohl für alle Seiten längst absolut Selbstverständliches. Auf dieser einförmigen Ebene der Allgemeinheiten bewegte man sich im Nebel der Befürchtungen, Spekulationen und Hypothesen über die Ziele der Sowjetunion, obwohl realpolitisches Denken sich hier ohnehin durch ungünstige Annahmen sichern muß. Man enthüllte diese Ziele: Bolschewisierung ganz Deutschlands²⁾, übergang aber die für die gesamtdeutsche Frage ebenso wichtige Tatsache, daß für die Russen die Integration in den Westen eine Sappe nach dem Osten darstellt. Man verwarf ferner Verhandlungen mit Pankow, grundsätzlich zweifel-

2) Dagegen sprach sich der Chefredakteur der „Iswestija“, Gubin, gegenüber der amerikanischen Journalistin Dorothy Thompson aus.

los mit vollem Recht, übergang aber die andere wesentliche Tatsache, daß die Zone, als Substitut der Sowjetunion, nun einmal ein Machtfaktor ist, mit dem jeder Realpolitiker rechnen muß, er mag ideologisch stehen wo er will.

Es wird doch wohl niemand glauben, daß wir Moskau auf dem stromlosen Draht widerwillig übernommener diplomatischer Beziehungen mit Erfolg auf unser Hauptanliegen hin ansprechen können. Die Sowjetunion versteht auch hier nur die Sprache der *Fakten*, mit Beteuerungen irgendwelcher Art ist gerade bei ihr am wenigsten auszurichten. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß es die Quadratur des Zirkels ist, wenn wir die Einheit zusammen mit der Sicherheit durch amerikanische Waffen, der Freiheit und der uneingeschränkten Souveränität wollen. Die gesamtdeutsche Souveränität, als eine Souveränität in statu nascendi, wird im ost-westlichen Spannungsfeld ohne gewisse Einschränkungen schwerlich zu erreichen sein. Deutschlands Schicksal war immer durch seine Zwischenlage bestimmt, und wer heute das ganze Deutschland will und dabei wirklich vom Ganzen, nicht vom Partikularen ausgeht, muß jener Zwischenlage Rechnung tragen, die heute mehr denn je gewisse Zugeständnisse erfordert. Wer dazu nicht bereit ist, wird sich auf den Status quo einrichten müssen. Es ist nicht mehr viel Sand im Stundenglas des gesamtdeutschen Schicksals, und die verbleibende Zeit darf jedenfalls nicht in irgendwelchen Illusionen vertrödelt werden.

Es gab grundsätzlich zwei Möglichkeiten der Bedrohung: Einmal die Bolschewisierung eines Teiles von Deutschland, der Sowjetzone, die, falls die Wiedervereinigung nicht gelingt, in keiner Weise verhindert werden kann, und dann die Bolschewisierung ganz Deutschlands (wie sie z. B. im Falle der militärischen Bindungslosigkeit befürchtet wird), die wir jedoch, teils aus eigener Kraft, teils mit Hilfe unserer westlichen Freunde, so gut wie sicher verhindern können und damit die Einheit Deutschlands in Freiheit erreichen würden. Vielleicht scheidet der letztere Fall heute schon aus, nachdem wir mit den Russen über ihre Note vom 10. März 1952 nicht verhandelt haben. *Nur wenn diese Lage mit letzter Klarheit gesehen und dann mit letzter Kraft und Entschlossenheit gehandelt wird* — die Entscheidung in bezug auf die soeben aufgezeigte Alternative dürfte nicht schwer sein —, *besteht für eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit noch eine Chance!* Arnold Brecht, der letzte Vertreter Preußens im Reichstag, heute Professor für politische Wissenschaften in New York, forderte in einem Vortrag über die Frage der Wiedervereinigung vor allem eine fruchtbare, schöpferische Phantasie der Menschenliebe. Ist dies etwas anderes als ein Appell an die christlichen Ideale des Westens, als eine Aufforderung an den Westen, in einer brennenden politischen Frage Zeugnis für jene Ideale abzulegen? Auch die genaueste Analyse der Lage und die eindringlichste psychologische Exploration können hier nichts nützen, wenn wir nicht — nach christlicher Lehre — den Balken im eigenen Auge sehen, d. h. hier: die Bedingtheit unseres Standpunktes zu erkennen bereit sind.

WILHELM WOLFGANG SCHÜTZ

Die deutsche Wiedervereinigung erfordert aktive Weltpolitik. Alle Kräfte in allen Staaten, die der Wiedervereinigung dienlich werden können, sollten aktiviert werden. Alle Kräfte, die gegen die Wiedervereinigung gerichtet sind, gilt es zu erkennen, gilt es zu widerlegen. Die Politik der Wiedervereinigung erfordert Kunst und Kühnheit. Sie erfordert Maß und Mitte. Und — sie erfordert Geduld.